

Verzichten in der Krise? Frauenwiderstand jetzt erst recht!

Bereits seit mehr als 100 Jahren kämpfen Frauen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, Frauenwahlrecht und gerechte Löhne. Doch viele Forderungen sind nach wie vor aktuell.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!

Nach wie vor verdienen Frauen weniger als Männer und werden selbst für die gleichwertige Arbeit geringer entlohnt. Frauen verdienen in Österreich im Durchschnitt lediglich 60 Prozent des Medianeinkommens von Männern. Die folgenden Zahlen geben den Medianwert (50% verdienen mehr, 50 % verdienen weniger) der Frauen in % des Medianwerts der Männer an:

Öffentliche Bedienstete im hochqualifizierten Bereich : 80%

Angestellte, führende Tätigkeiten: 59%

Facharbeiterinnen: 62%

Hilfsarbeiterinnen: 77%

Rücknahme der Verschlechterungen durch die Pensionsreformen!

Diese Differenz setzt sich logischerweise in der Pension fort: die Männerpensionen sind durchschnittlich um 47% höher. Der derzeitige Medianwert der Frauenpensionen liegt bei 722 Euro, bei Männern bei 1.527 Euro! Wurden früher jene 15 Jahre zur Pensionsberechnung herangezogen, in denen man/frau am besten verdient hat, so wird nach der Pensionsreform die gesamte Lebensarbeitszeit als Grundlage genommen. Das wirkt sich besonders negativ auf Frauen aus, die wegen der Kinderbetreuung lange Zeit teilzeitbeschäftigt waren. Zeiten der Kindererziehung müssen ausreichend aufgewertet werden!

Rechtliche Gleichstellung aller atypisch Beschäftigten!

39% aller Frauen sind Teilzeitbeschäftigte und 89% aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. 40% aller erwerbstätigen Frauen arbeiten in Teilzeitjobs, bei den Männern sind es nur 6,5%. 11% der teilzeitarbeitenden Frauen und 16% der Männer geben an, einen Vollzeitarbeitsplatz angestrebt, aber nicht bekommen zu haben. Besonders dramatisch ist der rapide Anstieg der Anzahl der freien DienstnehmerInnen (1998: 9.600 -> 2006 : 27.400) und der WerkvertragsnehmerInnen (1998 : 7.700 -> 2006 : 36.200).

Effektive Armutsbekämpfung

Durch die Einkommensschere und erhöhte Teilzeit-Beschäftigung haben Frauen ein höheres Risiko der Armutsgefährdung (=765,- netto pro Monat). Damit verbunden sind negativen Folgen auf die Gesundheit, Bildung der Kinder, Wohnqualität sowie die individuellen Verwirklichungschancen und die soziale Teilhabe. Derzeit sind nach dieser Definition mehr als eine Million Menschen (13% der Bevölkerung) von Armut betroffen. Zusätzlich können sich über 2 Mio. Menschen keinen Urlaub und weitere 2 Mio. keine unerwarteten Ausgaben leisten (das ist jeweils ¼ der Bevölkerung!).

Arbeitslosengeld mindestens 80% vom letzten Einkommen!

Für alle, unbefristet bis zum nächsten Job, ohne Schikanen, ohne Sanktionen, ohne Partneranrechnung.

Mindestlohn 1.200 Euro netto!

Es gibt noch immer Kollektivvertragslöhne, die unter 1.000 Euro brutto liegen: Handelsangestellte der untersten Lohnstufe verdienen 975 Euro brutto, ArbeiterInnen in der Bekleidungsindustrie und in Putzereien verdienen 950,- Euro brutto.

Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich statt Kurzarbeit! Rücknahme der Novellierung des Arbeitszeitgesetzes!

Durch die Novellierung des Arbeitszeitgesetzes ist es möglich, MitarbeiterInnen in "außergewöhnlichen Spitzenbedarfszeiten" in insgesamt 3 Blöcken zu je 8 Wochen bis zu 12 Stunden pro Tag und 60 Stunden in der Woche arbeiten zu lassen! Durch eine Arbeitszeitverkürzung können mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

Kostenlose und qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung für alle Kinder!

Frauen arbeiten oft Teilzeit, um Betreuungspflichten nachkommen zu können. 56% aller teilzeitarbeitenden Frauen, aber nur 15% aller teilzeitarbeitenden Männer mussten Teilzeit wählen, um Beruf und Familie vereinbaren zu können.

Volle Bezugsdauer des Kinderbetreuungsgeldes für Alleinerziehende!

Das Kinderbetreuungsgeld kann nur dann in voller Länge bezogen werden, wenn beide Eltern in Karenz gehen. Dies stellt für die immer größer werdende Zahl von (hauptsächlich weiblichen) AlleinerzieherInnen eine massive Benachteiligung dar.

Rechtliche Gleichstellung aller ArbeitnehmerInnen unabhängig von der Herkunft!

MigrantInnen sind dreifach diskriminiert – als Frauen, als MigrantInnen, als Lohnabhängige. Sie sind oft prekär beschäftigt, arbeiten meist im Niedriglohnsektor, sind oft als LeiharbeiterInnen tätig, haben unsichere Jobs und sind daher öfter von Arbeitslosigkeit betroffen. Ausbildungen, die im Ausland absolviert wurden, werden in Österreich entweder gar nicht oder nur nach vielen Behördenwegen anerkannt. Dazu kommt noch, dass viele illegal beschäftigt sind – so werden sie oft ohne rechtlichen Schutz Opfer von Ausbeutung und Lohndrückerei. Viele Frauen sind Opfer von Menschenhandel und werden zur Prostitution gezwungen. Frauen als MigrantInnen sind auch immer häufiger Opfer rassistische Übergriffe.

Umverteilung von oben nach unten!

Geld ist trotz Krise genug da – es ist nur ungerecht verteilt. Der Anteil der ArbeitnehmerInnenentgelte am Bruttoinlandsprodukt ist erstmals auf unter 50% gesunken, und auch der Anteil der Einkünfte aus umverteilten Einkommen am BIP stagniert. Überdurchschnittlich gestiegen sind die Ausgaben für Sozialhilfe und Arbeitslose, obwohl die Transfer- oder Versicherungsleistungen kaum gestiegen oder sogar gesunken sind. Selbständigeneinkünfte und Bruttobetriebsüberschüsse stiegen absolut um das sechsfache seit 1976, der Anteil am BIP stieg ebenfalls deutlich an. Charakteristisch dabei ist, dass Wirtschaftswachstum nicht nur in Aufschwungjahren sondern auch bei schwächeren Wirtschaftswachstum rascher gewachsen sind.

Für eine gerechte Teilhabe von Frauen und Männern am gesellschaftlichen Leben

Wir sehen es als Aufgabe der Gewerkschaften, sich vor allem in Zeiten der Krise vermehrt für benachteiligte Gruppen wie Frauen, prekär Beschäftigte und MigrantInnen einzusetzen, und offensiv gegen Diskriminierung in Gesellschaft, Staat und am Arbeitsmarkt aufzutreten! In der GPA, der GdG und der Gewerkschaft VIDA sind besonders viel Frauen organisiert. Wir meinen: Es wäre Aufgabe aller Gewerkschaften mit der ÖGB-Frauenorganisation für eine massive Anhebung der KV-Löhne und Gehälter in "Frauen"branchen zu kämpfen. Um die Lohn und Gehaltschere zu schließen sind vor allem Sockelbeträge statt prozentueller Erhöhungen nötig. Eine Erhöhung der Löhne und Gehälter in den Bereichen Pflege, persönliche Dienstleitung, Reinigung und Handel um 200 Euro Sockelbetrag könnte eine effektive Maßnahme sein. Solche sozialpolitischen Fortschritte für ArbeitnehmerInnen werden wir nicht am sozialpartnerschaftlichen Verhandlungstisch erreichen. Dazu müssen Pflegerinnen, Hausmeisterinnen, Verkäuferinnen u.v.a gemeinsam im Betrieb, auf der Straße und in den Gewerkschaften aktiv werden. Kampfmaßnahmen für Arbeitnehmerinnen sind nötig! **Dazu braucht es kämpferische Gewerkschaften!** Als Betriebsrätinnen und Gewerkschafterinnen kämpfen wir für einen radikalen Kurswechsel der Gewerkschaftspolitik!

Auch die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften beteiligt sich an der Mobilisierung für die

Demonstration am 28.03.09 anlässlich des internationalen Aktionstages:



13 Uhr: Treffpunkt Wien Westbahnhof

16 Uhr: Schlusskundgebung vor dem Parlament

Willst du aktiv werden? Dann komm zu unserem nächsten Treffen:

Thema: **Widerstand im LehrerInnenbereich** – Wie können wir uns für stärkeren Widerstand vernetzen?
Bericht und Diskussion

Wann: **13. März**, 18 Uhr

Wo: Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Impr.: Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, Stiftg. 8, 1070 Wien, www.gewerkschaftsplattform.org